Luzerner Tagblatt.

Abonnements:

	jährlich	6 Monate	3 Monate
für Luzern zum Abholen	Fr. 10. —	Fr. 5. —	Fr. 2. 50
„ „ Bringen	„ 12. —	„ 6. —	„ 3. —
durch die Post	„ 12. 80	„ 6. 40	„ 3. 40

Einunddreißigster Jahrgang.

Inserate:

die einspaltige Petitzeile oder deren Raum	10 Cts.
für Wiederholungen	8 „
Inserate von 3 Zeilen und weniger . .	30 „

Samstag, **Nro. 6.** **den 7. Januar 1882.**

Die parlamentarische Lage in Bayern

wird von einem Münchener Korrespondenten des „Frankf. Journal" in folgender Weise beleuchtet:

Die Abgeordnetenkammer hat am 3. d. ihre Arbeiten nach den Weihnachts- und Neujahrsferien wieder begonnen und es wird sich nun zeigen, wie festgefügt die konservativ-ultramontane Opposition ist. In den letzten Wochen hat sich das Vertrauen der Führer nach dieser Richtung sehr ermäßigt und Mitglieder der Opposition gestehen selbst zu, daß sie fürchten, der historische „Umfall" werde nach Neujahr über einige Mitglieder der Fraktion der „Rechten" (so nennen sich jetzt die frühern „Klerikalpatrioten") kommen. Daß dieß eintreten werde, ist außer Zweifel, es fragt sich nur, ob der „Umfall" ein so zahlreicher werden könne, daß dadurch eine Aenderung der Lage herbeigeführt würde.

Das Parteiverhältniß in der Abgeordnetenkammer ist gegenwärtig so, daß auf der rechten (oppositionellen) Seite 90 Abgeordnete sich befinden, auf der linken 69. Die Differenz beträgt somit 21. Um eine Aenderung der Lage herbeizuführen, müßten demnach mindestens 11 Abgeordnete „umfallen". Die Möglichkeit wäre nicht ausgeschlossen, auch nicht die Wahrscheinlichkeit, denn zu den 90 Oppositionellen gehören auch noch 7 Konservative, die eine eigene Fraktion bilden. Dieselben sind zwar zum Theil mit Hülfe der Ultramontanen gewählt, auch haben sie viele Berührungspunkte mit den Klerikalpatrioten, namentlich was die Gesetzgebung über Civilstand und Ehe und die Schule betrifft, aber durch Dick und Dünn gehen sie mit der klerikalen Opposition doch nicht. Sie ließen sich zwar im Anfang einfädeln, den Sturm auf das Ministerium mitzumachen, ja der Führer der Konservativen, Dr. Luthardt, hat sich sogar als Sturmbock gebrauchen lassen, indem er den Klerikalen mit seinem Antrag gegen die Civilehe voranging, aber Freude und Behagen ist den Konservativen daraus nicht geworden. Der Ansturm auf das Ministerium ist resultatlos geblieben. Diese Thatsache hat ernüchternd, beklemmend auf die Konservativen und den größten Theil der Mitglieder der Fraktion der Rechten gewirkt. Es hat sich erwiesen, daß der König ohne Schwanken an dem Ministerium festhält.

Fürs erste ist der König aus Ueberzeugung gegen eine ultramontane Regierung. Er hält sie unbedingt für dem Lande nachtheilig, ohne daß er deßhalb liberal im Sinne der Parteibezeichnung wäre. Der König hat vor Allem eine sehr üble Meinung von unserer klerikalen Publizistik, von dem zum Theil rohen Tone, den sie pflegt, und ist nicht erbaut von der Art, wie die junge Geistlichkeit Zeitungsschreiberei betreibt. Man glaube ja nicht, daß der König in seiner traumgeschmückten Abgeschiedenheit um den Gang der politischen Dinge im Lande sich nicht kümmere; er verfolgt vielmehr die tägliche Publizistik sehr genau, und es ist kein Wunder, daß sich bei seinem hochentwickelten ästhetischen Sinn Widerwille gegen die grobe, Worte und Thatsachen verdrehende und entstellende Art, wie die klerikale Presse ihre Leser bearbeitet, in ihm geltend macht. Der im Uebermaß in der klerikalen Presse geltend gemachte Satz: „Das Volk ist beruhigt", hält er für eine Uebertreibung. Fürs zweite hat unser König eine nicht geringe Besorgniß für seine Person. Er fürchtet die Sozialdemokraten und fürchtet die Ultramontanen. Er hat zwar keine eigentliche Ursache hiezu, aber die Besorgniß besteht einmal bei ihm und aus diesem Grunde ist gar Manches zu erklären, was in München im täglichen Leben vorkommt. Diese Besorgniß zu bannen, thut ein guter Theil der klerikalen Presse nichts, denn die politische Agitation, die Aufreizung des Volkes durch dieselbe, erhält und unterhält diese Stimmung des Königs.

Unser König ist ferner keine von den schwankenden, unentschiedenen Naturen. Er fühlt sich vor Allem als König, will die Autorität unangetastet wissen und sähe am liebsten politische Ruhe im Lande. Daß diese nicht aus einer klerikalen Regierung komme, ist er fest überzeugt und an den klerikalen Führern hat er persönlich bis jetzt nichts weniger als Geschmack gefunden, wie ihm auch das parlamentarische Leben eben wegen der Opposition, von dem dasselbe durchsäuert ist, nicht sehr zusagt. Gelänge es dem Ministerium, einen halbwegs passablen modus vivendi herzustellen, so würde er dadurch seinen Intentionen am besten entsprechen sehen. Einen solchen zu schaffen, sind die Minister, nachdem sie den Hauptsturm siegreich bestanden, eifrig bemüht. Sie lassen die Budgetabstriche ruhig über sich ergehen und sind bereit, da und dort Concessionen zu machen, namentlich in Bezug auf die Schule und in Bezug auf soziale Erscheinungen. Zu statten kommt es hiebei dem Ministerium, daß es in wirklich anerkennenswerther Weise für das materielle Wohl des Landes sich bemüht. Daß wir trotzdem Defizite haben, kommt dagegen nicht schwer in's Gewicht, weil das Defizit nicht im Verschulden der Regierung, sondern in den Zeitverhältnissen liegt und ein anderes Ministerium in diesem Punkte um kein Haar besser daran wäre.

Es fragt sich nun, ob die Liberalen die Konzessionen, die die Minister machen und machen wollen, nicht durchkreuzen werden. Diese Frage darf man entschieden mit Nein beantworten. Es wird dem linken Flügel der Liberalen wohl ein saurer Apfel werden, und es kann wohl sein, daß seine Mitglieder sich sträuben, aber faktisch hat das keine Bedeutung; ihr Widerwille kann nicht ausschlaggebend sein, und die Liberalen im Allgemeinen lassen sich lieber Konzessionen als das kleinere Uebel, gefallen, statt das größere Uebel, ein ultramontanes Parteiregiment, etablirt zu sehen. Aus einem solchen würde dem Lande großer Schaden, viele Verwickelungen erwachsen und eine dann frei werdende liberale Opposition würde den Wahlkreisen doch nicht viel abtrotzen können, während auf der andern Seite durch Schaffung eines modus vivendi wenigstens Zeit zur Beruhigung der Wähler gefunden würde, die sehr Noth thut. Es klingt allerdings nicht sehr tröstlich, aber in der Politik muß man eben mit den realen Verhältnissen rechnen, und diese sind eine Mauer, durch die man mit dem Kopf, und sei er noch so eisern, nicht hindurch kann.

Eidgenossenschaft.

Tessiner Wahl-Untersuchung. Hr. Nationalrath Brunner schreibt der „Berner Post" über das beabsichtigte weitere Vorgehen der nationalräthlichen Wahlprüfungskommission: „Die Kommission wird dem Nationalrath im Beginn seiner Session diejenigen Anträge stellen, welche erforderlich sind, um ein Mitglied der konservativ-katholischen Partei den Herren Stöjel und Philippin zur Untersuchung der letzten Wahlverhandlungen im 40. Kreise (Südtessin) beizugesellen, und sie hegt auch die zuversichtliche Erwartung, daß der Nationalrath ihr dabei hülfreiche Hand leisten wird. Von einem Aufgeben der Untersuchung war gar nie die Rede, sie wird unter allen Umständen stattfinden und es muß bei derselben die Opposition vertreten sein. Die Mehrheit der Kommission will nicht, daß es hintenher heißt, es habe eine Parteiuntersuchung stattgefunden".

— **Gotthardbahn.** Aus Airolo schreibt man der „N. Z. Ztg.": Der erste regelmäßige Zug der Gotthardbahn fuhr am Neujahrsmorgen 5 Uhr 5 Min. von Airolo ab und führte schon außer den Passagieren, Poststücken und Reisegepäck eine ziemliche Anzahl Seidenballen, von Italien kommend, mit. Letztere sind gern gesehene Zugvögel, welche die Gotthardroute seit Jahren wegen der Unsicherheit der Straße zwischen Airolo und Göschenen nur noch sehr selten benutzt hatten. Diese erste Sendung wurde durch die Speditionshäuser Reglin und Cie. in Biasca und Specker in Flüelen befördert, welche, um die Konkurrenzlinien zu schlagen, einen äußerst prompten, regelmäßigen Eilgütdienst organisirt haben.

— **Kolonisatorische Auswanderung.** Das für diese Angelegenheit konstituirte Initiativkomite hat soeben eine Kundgebung erlassen, in welcher es darauf hinweist, daß die schweiz. Auswanderung nach überseeischen Staaten und Territorien seit einigen Jahren Dimensionen angenommen hat, welche diesen Abfluß eines Theiles unserer Bevölkerung als wirthschaftlich nationales Bedürfniß konstatiren, und parallel mit dieser Thatsache geht der schon seit Jahrzehnten immer bestimmter und stärker ausgesprochene Wunsch einerseits nach wirksamerem Schutz der Auswandernden gegen Ausbeutung und Uebervortheilung, andrerseits nach organisirender Ueberwachung und Leitung der Auswanderung in der Richtung sorgfältig gewählter Ansiedelungspunkte und rationell angelegter Unternehmungen für Kolonisation in größerem Maßstab — dieß ebensowohl zu Gunsten jener zahlreichen Emigranten, die in der Regel auf gut Glück und ohne festen Zielpunkt ihre Heimat verlassen, als auch in der Voraussetzung, daß ein wohlvorbereitetes, von tüchtiger Hand geleitetes, finanziell richtig fundirtes Unternehmen gewinnbringend für die Unternehmer werden und von guten Wirkungen für die nationalen Interessen begleitet sein muß.

Unter der Voraussetzung, daß ihm von Seite des schweizerischen Publikums, insbesondere aller der Kreise, Privaten und Korporationen, welche diese Auffassung der Sache theilen, eine für den erwähnten Zweck ausreichende, mäßige Summe anvertraut werde, erklärt sich das Komite sich selbst angemessen zu organisiren, das bereits vorhandene Material zu sichten, Offerten für Landerwerbung und Ansiedelung zu prüfen, Expertisen anzuordnen, Verträge auszuarbeiten — kurz, diejenigen rechtlichen und ökonomischen Grundlagen festzustellen, auf welchen die Bildung einer eigentlichen Kolonisations-Gesellschaft lebensfähig und solid realisirt werden kann.

In diesem Sinn und mit dieser Zweckbestimmung wurden die Funktionen des Komite's am 9. Oktober dieses Jahres festgestellt. Aus dem dießbezüglichen Programm sind nachfolgende Bestimmungen zu reproduziren:

„Die Thätigkeit des Komite theilt sich wesentlich nach drei Gesichtspunkten:

a) Aufklärung der öffentlichen Meinung über Wesen und Bedeutung der schweiz. Auswanderung durch die Presse und durch Versammlungen.

b) Beschaffung von genügenden Geldmitteln, um den Anforderungen für Reisen, Expertisen und präparatorischen Arbeiten, für Druckkosten u. drgl. gewachsen zu sein.

c) Prüfung von Landerwerbungs- und Ansiedelungs-Projekten, sachbezügliche Unterhandung mit Behörden, Gesellschaften und Privaten, Ausarbeitung von Verträgen und Finanzplänen und Bildung einer Kolonisations-Gesellschaft.

„In Ausführung dieser Punkte (lit. b) wird eine Subskription im Betrage von 25—30,000 Fr. aufgenommen und werden hiefür Antheilscheine von je 50 Fr. an Einzelpersonen und Gemeinden, Gesellschaften u. s. w. begeben. Die Einzahlung erfolgt mit 40% der Subskription (gleich 20 Fr. per Antheilschein), sobald 10,000 Fr. gezeichnet sind; für die Reisesumme nach Bedürfniß und gemäß Publikation des Komite.

„Die Subskribenten haben keinen Rechtsanspruch auf Rückerstattung, dagegen wird das Komite für den Fall der Realisirung des Unternehmens und nach Maßgabe der aufgewendeten Gelder die Antheilscheine in Obligationen oder Aktien der Unternehmung umwandeln lassen."

Gestützt auf diese Vereinbarungen und Beschlüsse ladet das Komite zur Betheiligung ein und eröffnet die bezeichnete Subskription. Es wird zu geeigneter Zeit, längstens binnen Jahresfrist, den Subskribenten Rechenschaft über die Subskription und Verwendung, sowie Bericht über unsere Thätigkeit und deren Erfolge beziehungsweise die sachgemäßen Anträge für Weiterleitung vorlegen.

Das Initiativkomite besteht aus den Herren: Joseph Arnold, Nationalrath (Altdorf). Emil Baldinger, Nationalrath (Baden). Andr. Bezzola, Nationalrath (Zernetz). Ald. Bizius, Standerrath (Bern). Sal. Bleuler, Nationalrath (Winterthur). Alphons Bory, Standerath (Coppet). Theod. Curti, Nationalrath (Zurich). J. Dangel, Stadtrath (Luzern). Casp. Decurtins, Nationalrath (Truns). Benjam. Duperrey, Ständerath (Genf). Emil Frei, Nationalrath (Basel). Wilh. Good, Nationalrath (Mels). Alb. Hermann, Nationalrath (Sachseln). Cand. Hochstraßer, Nationalrath (Willisau). Fridol. Holdener